

JOCHEN ČERNÝ

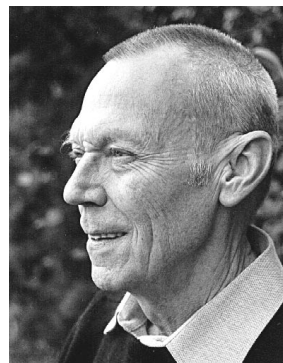
»... eine außergewöhnliche Handlungsweise«.

## Zur Staatsbeteiligung an Privatbetrieben in der DDR

Nachdem sich das Zentralkomitee der SED vor rund 45 Jahren zur Staatsbeteiligung an Privatbetrieben entschlossen hatte<sup>1</sup>, entstand »eine Eigentumsform, die es im sowjetischen Einflußbereich« bis dahin »nicht gegeben hat. Ihre Besonderheit lag darin, daß nicht Kredite oder Darlehen zur Weiterführung beziehungsweise zum Ausbau von privaten Betrieben ausgereicht, sondern staatliche Kapitalien an private Unternehmer zu deren eigenverantwortlicher Verwaltung und Nutzung übertragen wurden. Das war für damalige Verhältnisse eine außergewöhnliche Handlungsweise, zumal der »Klassenkampf« noch offen propagiert und praktiziert wurde.«

Dieses Zitat entstammt der Einleitung zu dem 1999 erschienenen Buch (ursprünglich eine Dissertation), das erstmals einen Überblick über Einführung, Entwicklung und Abschaffung dieser Eigentumsform vermittelt.<sup>2</sup> Über den Autor Heinz Hoffmann erfährt der Leser, daß er Komplementär war, jetzt Seniorchef eines (des gleichen?) Betriebes ist und das Geschichtsstudium sowie die Promotion an der Technischen Universität Dresden in den neunziger Jahren »nebenher« absolvierte. Die »Gratwanderung zwischen einem Zeitzeugenbericht und einer wissenschaftlichen Arbeit«, die ihm sein »Doktorvater« im Geleitwort bescheinigt, ist, so meine ich, erstaunlich gut gelungen.

Ausnahmen muß ich jedoch das 1. Kapitel, das »Ursachen und Grundlagen der Entwicklung« hin zu jener Eigentumsform schon von 1945 her aufdecken soll. Hierfür fehlt es nicht nur an der Zeitzeugenschaft. Fehlerhaft ist die Annahme eines 1945 einsetzenden »systematischen, ideologiebedingten Verdrängungsprozesses«<sup>3</sup> und falsch die Deutung des 1955er Entschlusses als einer sich ohne weiteres »daraus ergebenden Entscheidung«.<sup>4</sup> Wer tieferliegende Ursachen für den Niedergang der privaten Wirtschaft sucht, möchte damit bitte 1939 anfangen – wenn nicht bereits in jenen Jahren, in denen sich das deutsche Bürgertum mehrheitlich den Nazis zuwandte.<sup>5</sup> Wer aber Umstände und Beweggründe für die Einführung jener Eigentumsform ergründen will, müßte untersuchen, wie sich die Volkswirtschaft und in ihrem Rahmen die Privatindustrie insbesondere von 1952 bis 1955 entwickelte und wie sich diese Entwicklung der Partei- und Staatsführung darstellte. Doch beschreibt Hoffmann lediglich, wie sich die Währungsreform in der privaten Wirtschaft auswirkte<sup>6</sup>, wie bis zur Mitte der fünfziger Jahre Besteuerung<sup>7</sup>, Kreditvergabe, Geldverkehr und Preise<sup>8</sup> ausgestaltet wurden und welche außerökonomischen Zwänge<sup>9</sup> es gab. Das ist sehr wohl informativ



Jochen Černý – Jg. 1934, Historiker, Dr. phil., leitete in dem zur DDR-Akademie der Wissenschaften der Geisteswissenschaften gehörenden Institut für deutsche Geschichte eine sozialgeschichtliche Forschungsgruppe, die sich in den achtziger Jahren mit bürgerlichen Schichten in der DDR zu befassen begann.  
Foto: Černý jun.

Aus dem Beschluß des Zentralkomitees der SED von Oktober 1955 (25. Tagung): »Um die Produktionserfahrungen solcher privater Unternehmer auszuwerten, die über ein zu geringes Kapital verfügen, um volkswirtschaftlich notwendige Produktionen für die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und die Steigerung des Exports durchzuführen und erweitern zu können, kann solchen Betrieben das fehlende Kapital durch staatliche Beteiligung zugeführt werden.«

Walter Ulbricht auf der 25. Tagung des Zentralkomitees der SED, Oktober 1955: »Niemand kann leugnen, daß wir auf Grund des Studiums der Erfahrungen der sozialistischen Wirtschaft in der Sowjetunion und mit Hilfe der theoretischen Erkenntnisse, die im Lehrbuch ›Politische Ökonomie‹ niedergelegt sind, viele Probleme der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gründlich durchgearbeitet haben. Aber die Mehrzahl der Gesetze und Verordnungen wirtschaftspolitischer Natur ist früher entstanden und ist daher unvermeidlich mit Mängeln behaftet. Deswegen steht heute vor uns die Pflicht, alle wichtigen Gesetze und Verordnungen auf diesem Gebiet zu überprüfen, <...> ob sie eine richtige wirksame juristische Verankerung der objektiven ökonomischen Gesetze darstellen. Dort, wo diese Übereinstimmung nicht vorhanden ist, müssen wir sie unverzüglich herstellen.«

und erklärt zu einem erheblichen Teil die in vielem prekäre Situation von Privatunternehmern, nicht aber die Motivation politisch maßgebender Funktionäre. Da bleibt denn doch einiges nachzutragen.

Die DDR war das einzige Land im sogenannten sozialistischen Lager, in dem Privatbetriebe noch 1955 einen erheblichen Anteil an der industriellen Bruttoproduktion hatten. Insgesamt belief er sich auf 14,7, in der Leichtindustrie sogar auf 28,3 Prozent. Die Anzahl der Betriebe war zwar fortwährend zurückgegangen (auf 13.782 im Jahre 1955), deren Produktion jedoch gewachsen (ausgenommen das Jahr 1953). Sie übertraf 1955 den Stand von 1950 um 18,6 Prozent.<sup>10</sup> Und wie schon auf der 21. so auch auf der 25. Tagung des Zentralkomitees der SED kündigte Walter Ulbricht an, »daß sozialistische und kapitalistische Betriebe auf eine lange Zeit nebeneinander bestehen werden«.<sup>11</sup>

Ein reichliches Jahr später nahm der CDU-Vorsitzende Otto Nuschke für seine Partei in Anspruch: »Wir haben durch unsere Initiative <...> eine Wende für die private Wirtschaft herbeigeführt« und ihr »damit den Weg zum Sozialismus geebnet«. Wolfgang Gudenschwager, der das zitiert, bezieht es nicht nur auf die von der Union arrangierte Zusammenkunft von acht Privatindustriellen mit Staats- und Gewerkschaftsfunktionären am 20. Februar 1956, also auf die – wie Hoffmann sie zu Recht nennt<sup>12</sup> – »eigentliche Geburtsstunde« der BSB, der Betriebe mit staatlicher Beteiligung. Gudenschwager will überdies gehört haben, daß CDU-Politiker bereits im Vorjahr, nachdem sie Unternehmer konsultiert hatten, mit Leuten aus dem Finanzministerium, der Deutschen Investitionsbank und Gewerkschaftern im Gespräch gewesen waren. Die daraufhin von der CDU gemachten Vorschläge seien im SED-Politbüro kontrovers diskutiert worden. Ulbricht habe sie aber akzeptiert.<sup>13</sup> – Das ist gut vorstellbar. Wer nämlich das Protokoll der 25. ZK-Tagung liest, ohne ihren Beschluß zu kennen, erwartet keine wie auch immer geartete Unterstützung von Privatunternehmern. Im Gegenteil.

In Ulbrichts Referat folgte der beruhigenden Versicherung, die ich schon zitierte, sogleich die Warnung: »Wir können jedoch nicht dulden, daß aus Gesetzwidrigkeiten und Verstößen Profite gezogen werden«.<sup>14</sup> Und im Protokoll finden sich beide Aussagen in einem Sündenregister, von dem nur wenig in die Zeitung kam. Ulbricht resümierte, »daß die Privatkapitalisten es verstanden haben, sich mehr und mehr der Kontrolle der proletarischen Staatsmacht zu entziehen«, und zwar »auch der Kontrolle über den Kredit«.<sup>15</sup> Politbüromitglied Fred Oelßner, mit einschlägigen Problemen sowohl politisch-praktisch als auch theoretisch befaßt, nannte Zahlen, »die uns alle alarmieren müssen«. Von 1953 bis 1954 sei die Produktion in der Privatindustrie um 18 Prozent gestiegen, in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie hingegen nur um 8,2. Es sei »außerordentlich gefährlich«, daß manche Privatbetriebe für bestimmte Fertigungen eine Monopolstellung erlangt haben. Das liege vor allem an der »prokapitalistischen Einstellung verantwortlicher Staatsfunktionäre« und werde durch »grobe Fehler« in der Wirtschaftsplanung und Leitung begünstigt.<sup>16</sup> Oelßner belegte dies mit Angaben zur Rohstoff- und Materialversorgung sowie zur Kreditierung von Privatbetrieben, bezeichnete aber als »Hauptmittel für die rasche Akkumulation«

eine Preisbildung, die weitgehend den Fabrikanten selbst überlassen bleibe. Ein »regelrechtes Preisdumping« verschaffe ihnen den VEB gegenüber erhebliche Vorteile auf den Außenmärkten, und der »Devisenbonus« ermögliche ihnen den Einkauf moderner Maschinen.<sup>17</sup>

Tatsächlich belief sich das Anlagevermögen in der gesamten Privatindustrie 1955 auf 4501 Millionen Mark, während die nach Betriebsgrößen und Erzeugnissen am ehesten vergleichbare volkseigene Industrie, nämlich die örtlich geleitete, über Grundfonds im Werte von lediglich 1750 Millionen verfügte.<sup>18</sup> Das war der wichtigste Faktor partieller privatkapitalistischer Überlegenheit: Der Staat entzog der Leichtindustrie, über die er verfügte, nach wie vor den größten Teil der von ihr produzierten und für Ersatzinvestitionen auch benötigten Mittel!<sup>19</sup> Der Privatwirtschaft hingegen verschaffte der im Juni 1953 eingeschlagene Neue Kurs größere Freiräume.<sup>20</sup>

Das durfte eigentlich keinen Politiker überraschen oder gar ernsthaft beunruhigen. Manche Genossen verwiesen denn auch darauf, wie Oelßner mißbilligend feststellte, daß man ja die »Kommandohöhen« besetzt halte und die industrielle Bruttoproduktion zu 85 Prozent aus sozialistischen Betrieben komme. Oelßner schlußfolgte, die Partei müsse »Sorge tragen, daß unsere Wirtschaftsfunktionäre nicht die Perspektive verlieren, daß sie lernen, die ökonomischen Hebel so anzusetzen, daß die sozialistischen Betriebe als Sieger aus dem großen Wettbewerb »Wer – wen?« hervorgehen«.<sup>21</sup>

Das Kollegium des Staatssekretariats für örtliche Wirtschaft hatte bereits im März 1955 beraten, wie die privatindustrielle Entwicklung besser zu regulieren wäre. Staatssekretär Kasten und der Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Behrendt sprachen dabei ausschließlich von Kontrollziffern und Materialzuweisungen – wie gehabt. Mattat, der Stellvertreter von Kasten, wies auf die große Rolle von Krediten hin und empfahl zu »untersuchen, ob nicht in dem Fall, wo die Staatskredite bereits über 50 Prozent des Anlagevermögens ausmachen, von staatskapitalistischen Betrieben gesprochen werden« könnte. Wahrscheinlich verband sich das für ihn mit dem Anspruch, auf die Geschäftsführung direkt Einfluß zu nehmen. Doch sein Chef meinte, man könnte »bei uns nicht von Staatskapitalismus sprechen«. Ein solcher Weg wäre in der DDR »wahrscheinlich nicht gangbar«.<sup>22</sup>

Die Politökonomien hatten ebenfalls im März konferiert. Ihr Thema: »Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik«. Der Referent: Fred Oelßner. Er prägte den Begriff »Kapitalismus der Übergangsperiode« und nannte einige seiner Besonderheiten.<sup>23</sup> Im Schlußwort erklärte er sogar, daß der Kapitalismus in der DDR, »vielleicht darf ich einmal den Ausdruck gebrauchen, abstirbt«, präzisierte aber sogleich, da ja der Stalinsche Leitsatz von der gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes noch nicht aufgegeben worden war: daß er abstirbt »nicht von selbst, sondern infolge des Klassenkampfes <...>«.<sup>24</sup>

Der wirtschaftswissenschaftliche Disput kreiste seinerzeit um die Frage, ob man den erstarkenden Privatkapitalismus nun besser »niederadministrieren« oder »niederkonkurrieren« sollte.<sup>25</sup> Was theoretisch nicht reflektiert wurde, war zum einen die permanente Nationalisierung der Masse des Mehrwerts durch die Besteuerung<sup>26</sup>, das

Walter Ulbricht auf der 3. Parteikonferenz der SED, März 1956:

»Mit der staatlichen Beteiligung gibt unser Staat den privaten Unternehmern die Möglichkeit, sich in viel stärkerem Maße als bisher fest mit der Arbeiter- und Bauernmacht zu verbinden. Damit zeigen diese Unternehmer, daß sie aktiv den Weg des Sozialismus beschreiten, weil er auch ihnen und ihren Angehörigen eine klare Perspektive und eine sichere Existenz gibt. Mit der Aufnahme einer staatlichen Beteiligung ändert sich die Position dieser Unternehmer in der Gesellschaft. Sie gehen einen entscheidenden Schritt vorwärts. Wohl sind sie nach wie vor Besitzer von Produktionsmitteln, aber sie teilen diesen Besitz jetzt mit dem Staat der Arbeiter und Bauern. Ihre Tätigkeit ist nicht mehr nur auf die Wahrung ihrer persönlichen Interessen und Vorteile gerichtet, sondern ihre Funktion als Leiter eines Betriebes mit staatlicher Beteiligung dient bereits den Interessen aller Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik. Darum erhalten diese Unternehmer neben ihrem Anteil am Gewinn des Betriebes jetzt auch ein festes Gehalt, das entsprechend ihren Fähigkeiten und Leistungen festgelegt wird und das nur der Lohnsteuer unterliegt. Das Verhältnis der Arbeiter zu dem Unternehmer wird ebenfalls ein anderes. Die Arbeiter sind nunmehr direkt interessiert an der Verbesserung der Produktion und an der Rentabilität des Betriebes.«

Walter Ulbricht in der Volkskammer bei der Begründung des Siebenjahrplans, September 1959: »Die Reste der Bourgeoisie können, ihrer monopolkapitalistischen Führung und ihres Staatsapparates beraubt, ihre Klasseninteressen nicht mehr politisch zur Geltung bringen und suchen sich ökonomisch und sozial in die sozialistische Gesellschaft einzufügen. Damit hat im Innern der DDR der Klassenantagonismus aufgehört, bestimmende Kraft der Entwicklung zu sein.«

waren zum anderen die Besonderheiten der Eigentumsverhältnisse in der DDR. Beginnend mit der Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher, hauptsächlich bei der Nationalisierung der Banken, aber auch durch die Übernahme ausländischen Aktienbesitzes in treuhänderische Verwaltung waren mehr oder minder große staatliche Beteiligungen an vielen Privatfirmen entstanden. Ähnliches geschah 1952/1953 in der Folge von Republikflucht. Im sogenannten privatkapitalistischen Sektor gab es also außer den rein privaten stets solche Betriebe und Kapitalanteile, welche vom Staat treuhänderisch verwaltet wurden, sowie Unternehmen mit einem größeren oder kleineren staatseigenen Kapitalanteil.<sup>27</sup> Doch wurde das im privaten Sektor so oder so gebundene Volkseigentum vom Staat um keinen Deut anders behandelt als das Privatkapital.<sup>28</sup> Und weil man von Staatskapitalismus in der DDR nichts wissen wollte, konnte es auch keinen wirtschaftswissenschaftlichen Vorlauf für jene Staatsbeteiligung geben, welche ab 1955 eingeführt wurde.<sup>29</sup>

Es ist nicht Ulbricht, sondern Finanzminister Rumpf, der den entsprechenden Passus im Beschlußentwurf für die 25. ZK-Tagung begründet. Ohne sich irgendwie auf Oelßner zu beziehen, redet er von den Fabrikanten, »die im Rahmen unserer Gesetze arbeiten«, die dazu beitragen, »daß die Versorgung der Bevölkerung verbessert und der Export gesteigert wird«, denen es aber an Kapital für eine Betriebsausweitung fehlt. Rumpf erwartet, »daß gegen solche Unternehmer nicht mit solchen Methoden vorgegangen wird«. Welche Methoden? Dem Zentralkomitee muß er das wohl nicht erklären. Vielmehr kündigt er an, »daß wir dazu übergehen, einen staatskapitalistischen Sektor in unserer Wirtschaft zu schaffen <...>«. <sup>30</sup>

Im Schlußwort kommt Ulbricht darauf zurück. Zunächst bestätigt er, daß die wichtigsten Mittel für die »Kontrolle und, ich möchte sagen, die Lenkung der Privatbetriebe« das Vertragssystem und die Finanzpolitik sind. Da müsse man einiges in Ordnung bringen, »aber so korrigieren, daß keine Panik entsteht, daß nicht der Eindruck erweckt wird, wir wollten jetzt einen Schlag gegen die Privatunternehmer führen«. Ulbricht unterstützt Rumpf (»da wir die Produktion dieser Betriebe brauchen, müssen wir also auch etwas riskieren«), ist aber »nicht ganz einverstanden« mit ihm, »wenn er vom staatskapitalistischen Sektor spricht«. Es seien nicht viele Unternehmer, die da wünschen, »daß wir uns jetzt beteiligen sollen«. Die meisten möchten allein weiterwirtschaften. »Bis zum Sektor werden wir es nicht schaffen <...>«. Und Ulbricht hält es auch für unzweckmäßig, »eine theoretische Begründung zu geben. Das kann etwas auf Abwege führen <...>«. <sup>31</sup>

Zwar erklärte das Zentralkomitee bei der gleichen Tagung, es müßte »ein entschiedener Kampf <...> gegen den Dogmatismus« geführt werden. Doch bezog es sich immer noch uneingeschränkt auf die »Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin«. <sup>32</sup> Lenins Staatskapitalismus-Konzept fand damals aber wenig Beachtung, weil es in Sowjetrußland nicht recht zum Tragen gekommen war, was Stalin 1926 zu Äußerungen veranlaßt hatte, die so verstanden werden konnten, als sei Lenins Schrift »Über die Naturalsteuer« gerade in diesem Punkt »von der Geschichte überholt« worden. <sup>33</sup> Das sowjetische Lehrbuch »Politische Ökonomie«, welches in der DDR 1955

erschien (nach Teilabdrucken in der Presse) und als Leitfaden auch für die Wirtschaftspolitik galt<sup>34</sup>, behandelte den Staatskapitalismus als recht exotische Angelegenheit. Lediglich für China maß es ihm »besondere Bedeutung« zu.<sup>35</sup>

Nun hatte Lenin zwar dafür plädiert, daß sich die Sowjetmacht das Privatkapital, zumal das ausländische, so gut wie irgend möglich dienstbar machte. Mit einer allmählichen Umwandlung kapitalistischer in sozialistische Betriebe hatte er aber wohl nicht gerechnet.<sup>36</sup> Es bedurfte weiterer praktischer Erfahrungen der Neuen Ökonomischen Politik, um ein allmähliches »Hineinwachsen« privater Wirtschaft »in Wirtschaftsorganisationen des proletarischen Staates« beobachten und einen Weg »zur evolutionären Aufhebung« von Klassengegensätzen entdecken zu können.<sup>37</sup> – Die eben angeführten Überlegungen Bucharins bezogen sich natürlich vor allem auf die Landwirtschaft, auf den Kulaken, schlossen aber die städtische »neue Bourgeoisie«<sup>38</sup> keineswegs aus. Doch der theoretische Ansatz, den es da schon gab, blieb selbst nach dem XX. Parteitag der KPdSU weithin unbekannt und stigmatisiert. Immerhin: In der wenig später abgehaltenen 3. Parteikonferenz der SED bescheinigte Ulbricht den ersten Unternehmern, die Staatsbeteiligung angenommen hatten, daß »sie aktiv den Weg des Sozialismus beschreiten«, und er sprach ihren Betrieben »halbsocialistischen Charakter« zu.<sup>39</sup>

Wenn bald mehr Unternehmer auf das staatliche Angebot eingingen, als die Parteiführung erwartet hatte, dürfte dies eher an dessen Attraktivität gelegen haben als an deren übermäßig raschen Fortschritten auf dem »Weg des Sozialismus«. Hier nun hat Hoffmanns Arbeit ihre Stärken: Sachlich und genau legt er die »erheblichen Vorteile« dar, die mit der Staatsbeteiligung verbunden waren und bei den Firmenchefs »zunehmend Beachtung fanden«<sup>40</sup>, nicht zuletzt die »erhebliche finanzielle Besserstellung«<sup>41</sup>, so daß es kaum des Druckes bedurfte, sie dahin zu bringen, daß sie die Beteiligung beantragten.<sup>42</sup> Aussagekräftig sind da auch Angaben zur sogenannten Republikflucht.<sup>43</sup> Hoffmann analysiert die auf Vorschlag der LDPD erarbeitete<sup>44</sup> Grundsatzverordnung vom 26. März 1959, deren Präambel schon festhielt, die »Beteiligung des Arbeiter-und-Bauern-Staates an den Privatbetrieben ist eine Übergangsform zum sozialistischen Betrieb«, und konstatiert: »Der bisher beinahe verketzerete Privatunternehmer war nunmehr« für Staatsfunktionäre »zum umworbenen und gleichwertigen Gesprächspartner geworden«<sup>45</sup>. Darin äußerte sich auch eine von Hoffmann nicht erfaßte Veränderung im Verständnis der Klassenbeziehungen. In der 3. Parteikonferenz hatte Ulbricht noch recht vorsichtig gesagt, daß sich der Klassenkampf innerhalb der DDR »stärker gegen die Kräfte konzentriert, die den amerikanischen und westdeutschen Kriegstreibern <...> Hilfsdienste leisten«.<sup>46</sup> Im September 1959 jedoch hieß es schon sehr klar, innerhalb der DDR habe »der Klassenantagonismus aufgehört, bestimmende Kraft der Entwicklung zu sein«.<sup>47</sup>

Als »Faktoren der Einbeziehung in das Zentral-Plansystem 1959-1971«, wie das Kapitel überschrieben ist, aber nicht nur als solche behandelt Hoffmann den Gesellschaftsvertrag der BSB (der Rechtsform nach Kommanditgesellschaften), die Zuordnung der meisten von ihnen zum Rat des jeweiligen Bezirks, die für sie vereinfachte

Aus dem Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beschlossen vom VI. Parteitag im Januar 1963:

»Die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Komplementären halbstaatlicher Betriebe, den Genossenschafts- und Einzelhandwerkern, den Einzelhändlern mit und ohne Kommissionsvertrag und den Inhabern von Privatbetrieben ist fester Bestandteil der Politik der SED. Die Partei hilft ihnen auch weiterhin, ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft auszufüllen und ihre Fähigkeiten zum Wohle des Volkes einzusetzen. Engstirniges Verhalten gegenüber Handwerkern, Einzelhändlern und Privatunternehmern hat die Partei bisher nicht geduldet und wird es auch in Zukunft nicht dulden.«

Die Entwicklung von privaten Industriebetrieben und BSB:

*Anzahl der Betriebe*

|      | <u>Privat</u> | <u>BSB</u> |
|------|---------------|------------|
| 1956 | 12 278        | 144        |
| 1960 | 6 478         | 4 455      |
| 1965 | 4 265         | 5 458      |
| 1971 | 2 976         | 5 658      |

*Bruttoproduktion in Millionen Mark*

|      | <u>Privat</u> | <u>BSB</u> |
|------|---------------|------------|
| 1956 | 5 261,8       | 163,4      |
| 1960 | 2 656,6       | 5 178,2    |
| 1965 | 1 971,6       | 8 665,8    |
| 1971 | 1 997,3       | 15 295,3   |

*Beschäftigte ohne Lehrlinge*

|      | <u>Privat</u> | <u>BSB</u> |
|------|---------------|------------|
| 1956 | 412 233       | 14 331     |
| 1960 | 173 612       | 291 116    |
| 1965 | 103 878       | 341 197    |
| 1971 | 67 208        | 348 068    |

*Bruttoproduktion pro Beschäftigten in Tausend Mark*

|      | <u>Privat</u> | <u>BSB</u> |
|------|---------------|------------|
| 1956 | 12,8          | 11,4       |
| 1960 | 15,3          | 17,8       |
| 1965 | 19,0          | 25,4       |
| 1971 | 29,7          | 43,9       |

Quelle: Hoffmann, a.a.O., S. 104f.

Planung, die Arbeit in Erzeugnisgruppen, den »Unenteilbaren gesellschaftlichen Fonds« sowie die Einkommensverhältnisse der privaten Gesellschafter – um nur einige Stichworte zu geben.<sup>48</sup> Wie Hoffmann darlegt, wurde der BSB jenem »Plansystem« schrittweise »angegähert« und dabei den »betrieblichen Möglichkeiten Rechnung getragen«. Obschon die »sonst vielfach rigorosen Methoden« hier nicht zur Anwendung kamen, wurden »ehemals vorhandene Freiräume immer mehr eingeengt« und die Komplementäre »zunehmend zu Beauftragten des Staates« gemacht. – Für den Staat war das letztlich der Zweck der Übung. Nicht so für den vormals selbständigen Fabrikanten. Hoffmann konstatiert allerdings: »Für die Betriebe war das von Vorteil <...>«. <sup>49</sup> Und was ich für wesentlich halte: Anders als im VEB konnte es im BSB nach wie vor die Persönlichkeit des vormals privat wirtschaftenden Unternehmers sein, die dem Betrieb ihren »Stempel aufdrückte«. Wie auch immer: Bei einer wachsenden Zahl von Betrieben ließ sich kaum noch von Staatsbeteiligung reden, eher von Staatsbetrieben »mit noch privatem Anteil«. <sup>50</sup> Um so schlechter ist zu verstehen, was 1972 geschah.

In den sechziger Jahren war die – im Parteiprogramm zeitlich unbegrenzte<sup>51</sup> – Perspektive der BSB in wissenschaftlichen Einrichtungen noch rege diskutiert worden.<sup>52</sup> Doch nach der Ablösung von Walter Ulbricht entschied sich die Parteiführung ohne lange Debatte für die Liquidierung. Warum und wie sie stattfand, das wurde schon mehrmals dargestellt, und in den neunziger Jahren fanden auch damals maßgebende Politiker, Günter Mittag nicht ausgenommen, daß die Gründe nicht zwingend und die Folgen ungünstig waren.<sup>53</sup>

Wenn Honecker 1971 von einer »Rekapitalisierung« sprach, die man »stoppen« müßte, verkehrte er den Sachverhalt. Gerade die war ja unterbunden worden! Daß die Komplementäre ihren Anteil am Gesamtkapital nicht vergrößern konnten, dürfte eher das gefördert haben, was Roesler ein »exzessives Konsumverhalten« nennt. Solche tradierten »Eigenschaften wie Mut zum betrieblichen Risiko und Bescheidenheit in der persönlichen Lebensführung« begannen bei zunehmender Planbindung des Betriebes und sozialer Absicherung des Leiters, wie Roesler meint, »ihren Einfluß auf den Unternehmer zu verlieren«. <sup>54</sup> – Demnach hätte die Verstaatlichung eher reduziert als maximiert werden müssen.

Was hier den Neuwert von Hoffmanns Buch ausmacht, das ist die erfahrungsgesättigte Auseinandersetzung mit den damals benutzten Argumenten<sup>55</sup>, dem Prozedere sowie den Konsequenzen<sup>56</sup> der Verstaatlichung. Übrigens stellt er diese Bezeichnung in Frage: Von »Enteignung« könne nur gesprochen werden, insoweit es um »Methoden der zwangsweisen Eigentumsveränderungen« gehe, ansonsten nicht, »da eine Entschädigung – wenn auch unter diskriminierenden Umständen – erfolgte«. <sup>57</sup>

Was in den ersten Vorstellungen des Politbüros eine vorsichtig herbeizuführende, drei, vier Jahre beanspruchende Neuordnung war, stellt Hoffmann in Auswertung auch von SED- und MfS-Akten sowie von Gesprächen mit damals Betroffenen als einen Vorgang dar, der sich im Selbstlauf beschleunigte. An den zuständigen Stellen »war man überrascht von der Tatsache, daß es kaum Widerstände gab. Die üblichen Zahlenspiele bei der Meldung von Erfolgen und

die Angst der Regionalorgane, gegenüber den anderen Bezirken zurückzuliegen, führten bereits Anfang März 1972 zu einer Forcierung«, die von oben her allerdings nicht unterbunden wurde.<sup>58</sup>

Für das rasche Nachgeben der Komplementäre nennt Hoffmann drei einleuchtende Gründe<sup>59</sup>: Erstens war an politische Veränderungen, wie sie ab Mitte der achtziger Jahre in den Bereich des Möglichen rückten, zu Beginn der siebziger nicht einmal zu denken. Zweitens: Firmen- und Familientraditionen sowie die Sorge um den eigenen Unterhalt, zumal im Alter, sprachen dafür, das staatliche Angebot anzunehmen, also den eigenen Anteil an der Kommanditgesellschaft zu verkaufen und im fortan volkseigenen Betrieb eine leitende Stelle zu übernehmen. Die Erfahrungen der Gründerjahre 1956 bis 1959 besagten zudem: Je früher der Entschluß, desto besser die Bedingungen. Drittens erzeugte die, wie es in einem Bericht an Mittag hieß, »Erhöhung des Tempos, Hektik und Härte« einen enormen psychologischen Druck. – So wurde die Verstaatlichung trotz aller Vorbehalte, Unklarheiten und Bedenken bei den Betroffenen bis Anfang Juli 1972 vollzogen, und zwar, wie Hoffmann beispielshalber den Abschlußbericht der Bezirksverwaltung Gera des MfS zitiert, »aufgrund der herangereiften objektiven Bedingungen, dank der klugen Führung der Partei und des Staatsapparates ohne nennenswerte operative Vorkommnisse <...>«. <sup>60</sup>

Im Rückblick auf 15 Jahre Staatsbeteiligung kommt Hoffmann – wie bisher fast jeder ostdeutsche Autor – zu einer positiven Bilanz: Fortan konnte als bewiesen gelten, daß »in einem Land mit unterschiedlichen Eigentumsformen ein erfolgreiches Nebeneinander möglich war«. <sup>61</sup> Das macht diese Eigentumsform auch für die Zukunft interessant. <sup>62</sup>

Noch in der DDR der achtziger Jahre überwand der gesellschaftswissenschaftliche Diskurs die Vorstellung<sup>63</sup> von der Unvereinbarkeit des Sozialismus mit jedem persönlichen Eigentum an Produktionsmitteln. Die Rückbesinnung auf den ursprünglichen Marxismus machte zuerst das verbliebene, mittlerweile wieder staatlich geförderte kleine Privateigentum gesellschaftsfähig.<sup>64</sup> Zum vielzitierten (auch verschieden interpretierten) Ausgangspunkt wurde nun Marxens Prognose (sie folgt auf das geläufige Wort von der Expropriation der Expropriateurs), die Negation des kapitalistischen Eigentums werde das seinerzeit von demselben negierte individuelle, auf eigener Arbeit beruhende Eigentum wiederherstellen – allerdings nicht in seinen »engen naturwüchsigen Schranken«<sup>65</sup>, sondern »auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära«. <sup>66</sup>

Ruben konstatierte, daß das »volkswirtschaftliche Innovationspotential« auch der sozialistischen Gesellschaft »mit der ökonomischen Anerkennung der Persönlichkeit des Menschen steht und fällt«. <sup>67</sup> Für ihn war »die Frage nach dem Sozialismus identisch mit der nach der ökonomischen Persönlichkeit unter Voraussetzung der Existenz des Gemeineigentums an den Natur- und Gemeinschaftsbedingungen der Produktion«. Demzufolge beantwortete er die »Gretchenfrage: Wie halten wir es mit dem persönlichen Unternehmertum?« (dies in Schumpeterschem Sinne verstanden) positiv und sprach sich entschieden für »die Zulassung des persönlichen Eigentums an produzierten Produktionsmitteln« aus. <sup>68</sup>

Günter Benser in einem Beitrag zur Programmdebatte der PDS, Juni 2000: Es wird »gefragt, was es denn außer dem Sandmännchen und dem grünen Pfeil sonst noch an Bewahrenswertem aus DDR-Zeiten geben könnte. Es erscheint mir sinnvoller zu fragen, welche Bereiche der DDR-Wirklichkeit einer Bestandsaufnahme bedürfen, denn in eine andere gesellschaftliche Totalität lassen sich Verhältnisse und Einrichtungen der DDR-Gesellschaft beim besten Willen nicht verpflanzen. Ich meine indes, daß es Felder gibt, bei denen es sinnvoll ist, sie mit dem Blick auf künftige denkbare Entwicklungen zu durchleuchten.

Dazu gehören zum Beispiel die Erfahrungen mit einer gemischten Wirtschaft, basierend auf staatlichem, genossenschaftlichem, privatem Eigentum und auf Eigentumsformen mit staatlicher Beteiligung sowie die ökonomischen und außerökonomischen Beziehungen zwischen diesen Sektoren.«

Im »Forschungsprojekt Sozialismustheorie« der Berliner Humboldt-Universität – von Land/Possekel als »ein später Versuch der Synthese verschiedener Reformansätze« vorgestellt<sup>69</sup> – wies Michael Brie nach, daß nicht nur das staatliche, sondern jedwedes Monopol am Eigentum (also auch ein exklusiv kollektives oder persönliches Eigentum) mit dem Wesen des Marxismus und der Entwicklungstendenz des Sozialismus unvereinbar ist.<sup>70</sup> Die Mannigfaltigkeit von ökonomischen Subjekten unterstellt, ist es das »zentrale Problem des sozialistischen Eigentums <...>, wie die Entfaltung höchster Eigenständigkeit, Eigeninteressiertheit sowie Eigenverantwortung mit der Sicherung der Solidarität gemeinschaftlich beherrschter Entwicklung verbunden werden« kann.<sup>71</sup>

- 1 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Bd. V, Berlin 1956, S. 487. – Vgl. die erste Marginalie.
- 2 Heinz Hoffmann: Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung im planwirtschaftlichen System der DDR 1956–1972, Stuttgart 1999 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hg. von Rainer Gömmel u.a., Bd. 79), S. 1.
- 3 Ebenda, S. 10.
- 4 Ebenda, S. 3.
- 5 Vgl. Wolfgang Mühlfriedel, Klaus Wießner: Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965, Berlin 1989, S. 26ff.
- 6 Siehe Hoffmann, a.a.O., S. 33ff.
- 7 Ebenda, S. 21ff.
- 8 Ebenda, S. 36ff.
- 9 Ebenda, S. 41ff.
- 10 Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, Berlin 1956, S. 121 u. 125. – Anzahl und Bruttoproduktion der Betriebe ohne Bauindustrie.
- 11 Walter Ulbricht: Die Rolle der DDR im Kampf um ein friedliches und glückliches Leben des deutschen Volkes. Referat auf der 25. Tagung des ZK der SED am 24. Oktober 1955, Berlin 1955, S. 53. – Vgl. Ulbricht: Fragen der politischen Ökonomie in der DDR. Aus dem Referat auf der 21. Tagung des ZK der SED am 12. November 1954, Berlin 1955, S. 4.
- 12 Hoffmann, a.a.O., S. 53.
- 13 Siehe Gudenschwager: Die Rolle der Ost-CDU bei der Gründung, Entwicklung und Liquidierung der staatsbeteiligten Betriebe in der DDR 1956 bis 1972, in: Michael Richter, Martin Ribmann (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar/Köln/Wien 1995 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), S. 162ff.
- 14 Ulbricht: Die Rolle der DDR, a.a.O., S. 53. – Das stand Ende Oktober so auch im »Neuen Deutschland«.
- 15 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO), DY 30/IV 2/1, Bd. 149, Bl. 83.
- 16 SAPMO, DY 30/IV 2/1, Bd. 150, Bl. 81f.
- 17 Ebenda, Bl. 85f.
- 18 Bundesarchiv, DE 1, Bd. 5665, Bl. 113.
- 19 Vgl. Jörg Roesler: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft der DDR, Berlin 1978, S. 18.
- 20 Vgl. Hoffmann, a.a.O., S. 18f.
- 21 SAPMO, DY 30/IV 2/1, Bd. 150, Bl. 81 u. 89.
- 22 Bundesarchiv, DE 5, Bd. 9, Bl. 75.
- 23 Vgl. Oelßner: Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, Berlin 1955, S. 37ff.
- 24 Protokoll der Theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 11. bis 14. März 1955 zu dem Thema »Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR«, Berlin 1955 (Schriften des Instituts, Nr. 4), S. 238.
- 25 Vgl. Werner Mussler: Der kapitalistische Sektor der Industrie als Problem der Übergangsperiode zum Sozialismus in der DDR, Berlin 1959, S. 93ff. u. 113.
- 26 Siehe Jochen Czerny: Restbourgeoisie und Staatskapitalismus in der DDR. Mit einem Nachwort von Jörg Roesler, Berlin 1996, S. 31.
- 27 Vgl. Hoffmann, a.a.O., S. 53f.
- 28 Siehe Mussler, a.a.O., S. 153.
- 29 Ich vermerke das nur, weil Hoffmann einen solchen Vorlauf vermißt: S. 5 u. 51.
- 30 SAPMO, DY 30/IV 2/1, Bd. 152, Bl. 67.
- 31 Ebenda, Bl. 173f.
- 32 Dokumente der SED, a.a.O., S. 500 u. 504.
- 33 J. W. Stalin: Zu den Fragen des Leninismus, in: Ders.: Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S. 189.
- 34 Vgl den in einer Marginalie zitierten Passus aus Ulbrichts Referat auf der 25. ZK-Tagung: Die Rolle der DDR, a.a.O., S. 30.
- 35 Politische Ökonomie. Lehrbuch, Berlin 1955, S. 677, vgl. S. 654f. – Auch das spricht dafür, daß die SED aus dem Fernen Osten allenfalls »Argumentationshilfen« bezog (Hoffmann, a.a.O., S. 51), als sie sich zur Staatsbeteiligung entschlossen hatte.



- 36 Vgl. insbes. W. I. Lenin: Werke, Bd. 32, Berlin 1963, S. 341ff.
- 37 Nikolaj Bucharin: Kautsky und Sowjetrußland. Eine Antwort, Frankfurt am Main 1982 (Reprint der deutschsprachigen Erstausgabe Wien 1925), S. 125 u. 131.
- 38 Ebenda, S. 129.
- 39 Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der SED, 24. März bis 30. März 1956 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. 1. bis 4. Verhandlungstag, Berlin 1956, S. 72. Vgl die entsprechende Marginalie. – Wie wir sehen, gibt es im Kapitel »Staatsbeteiligung« manch einen Beleg dafür, daß die politische Praxis der SED intelligenter sein konnte als ihre Theorie.
- 40 Hoffmann, a.a.O., S. 58.
- 41 Ebenda, S. 54. – André Steiner entnahm den Akten der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, daß die »halbstaatlichen« sowie die verbliebenen privaten Unternehmer 1971 ein Nettoeinkommen hatten, welches durchschnittlich viermal so groß war wie das von Arbeitern und Angestellten. Steiner: Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR, in: Konrad Jarausch, Martin Sabrow: Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 158.
- 42 Hoffmann, a.a.O., S. 60. – Vgl. aber Schilkin: Hoffe, solange Du atmetest, Berlin o.J., S. 125ff.
- 43 Hoffmann, a.a.O., S. 60f., 78, 105.
- 44 Ebenda, S. 64.
- 45 Ebenda, S. 68.
- 46 Protokoll der 3. Parteikonferenz, a.a.O., S. 75.
- 47 Ulbricht: Der Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstands und des Glücks des Volkes. Rede des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates vor der Volkskammer der DDR am 30. September 1959, Berlin 1959, S. 136. – Vgl das Zitat in der Marginalie.
- 48 Hoffmann, a.a.O., S. 78ff.
- 49 Ebenda, S. 104. – Schilkin betrachtete die von Ulbricht herbeigeführte »Verbindung zwischen Staat und Privaten«, wie er a.a.O. S. 130 schreibt, geradezu »als Ideal einer funktionierenden Wirtschaftspolitik«. Daß es aber recht unterschiedliche und auch wechselhafte Erfahrungen gab, zeigt im vorliegenden Heft die Bormann-Studie von Ulrike Köpp.
- 50 Hoffmann, a.a.O., S. 109.
- 51 Siehe Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED. Beschlüsse und Dokumente (Bd. 4), Berlin 1963, S. 322 u. 346. – Vgl die entsprechende Marginalie.
- 52 Siehe Hoffmann, a.a.O., S. 110ff.
- 53 Vgl. Jörg Roesler: Enteignung, Verdrängung, Integration. Die Entwicklung des kapitalistischen und werktätigen Privateigentums in der DDR außerhalb der Landwirtschaft, in: Dietmar Keller, Hans Modrow, Herbert Wolf (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. I, Berlin 1993, S. 181ff.
- 54 Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR 1963–1970, Berlin 1990, S. 97.
- 55 Siehe Hoffmann, a.a.O., S. 123ff. u. 159f.
- 56 Ebenda, S. 163ff.
- 57 Ebenda, S. 137f.
- 58 Ebenda, S. 145 u. 150.
- 59 Ebenda, S. 148ff.
- 60 Ebenda, S. 154.
- 61 Ebenda, S. 108.
- 62 Roesler – siehe den in Anm. 53 genannten Aufsatz, S. 188f. – spricht von »historisch einmaligen und letztlich ermutigenden Erfahrungen«, die es verdienen, »festgehalten und für die Zukunft analysiert zu werden«. Vgl. auch die letzte Marginalie mit dem Zitat aus Günter Benfers Vortrag »Zum Wechselverhältnis von Programmatik und Geschichte« in: Das lange, kurze Leben der DDR. Protokoll der Tagung <...> 10. und 11. März 2000. Hrsg. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., Jena 2000, S. 176.
- 63 Ulrich Busch führt sie auf Lenin zurück. Siehe Busch: Die schwierige Wiedergeburt des Privateigentums, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 6/1994, S. 100.
- 64 Vgl. Irene Falconere: Zur Rolle der Handwerker und Gewerbetreibenden im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß der DDR <...>, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 9/1982, S. 1340f. – Was bis dahin als »nichtsozialistisches« Eigentum galt, konnte nach Auffassung der Autorin durchaus als eine Form sozialistischen Eigentums charakterisiert werden.
- 65 Karl Marx: Das Kapital, in: Marx/Engels: Werke, Bd. 23, Berlin 1988, S. 789.
- 66 Ebenda, S. 791.
- 67 Peter Ruben: Was ist Sozialismus? In: INITIAL, Heft 2/1990, S. 118.
- 68 Ebenda, S. 121f. – Hervorhebungen von Ruben.
- 69 Rainer Land, Ralf Possekel: Namenlose Stimmen waren uns voraus, Bochum 1994, S. 46.
- 70 Siehe Michael Brie: Wer ist Eigentümer im Sozialismus?, Berlin 1990, S. 115 f.
- 71 Ebenda, S. 160.